

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 10, 2025

1. Niedersachsen

1.1. Kultusministerium: Tragen des Kopftuchs an Schulen ist und bleibt erlaubt

Das niedersächsische Kultusministerium hat klargestellt, dass das Tragen von Kopftüchern als Zeichen des Bekenntnisses zum Islam an den Schulen nicht untersagt werden darf. „Das Tragen eines Kopftuches durch Schülerinnen und Lehrerinnen ist als Ausdruck der Religionsausübung grundsätzlich an niedersächsischen Schulen erlaubt“, betonte ein Sprecher in Hannover. „Es darf nicht verboten werden.“

Das Ministerium bezog sich dabei auf einen aktuellen Fall in Buer bei Osnabrück. Die dortige Lindenschule hatte Anfang November in ihrer Schulordnung festgelegt, dass Kopfbedeckungen vor dem Betreten der Schule abzulegen

seien. Ausnahmen könnten auf Antrag genehmigt werden. In einem Brief hatte die Schule die Eltern über die Neuregelung informiert, die auch für Mützen oder Kappen gelte. Vor allem Eltern muslimischer Schülerinnen nahmen daran Anstoß.

Das Kultusministerium erklärte, das zuständige Regionale Landesamt für Schule und Bildung habe umgehend Kontakt zu der Schule aufgenommen. Es habe deutlich gemacht, dass die Regelung rechtswidrig sei. Ein Kopftuch dürfe in der Schule getragen werden. Unzulässig sei lediglich der sogenannte „Nikab“, der das gesamte Gesicht verdecke. Ein klärender Brief sei an die Eltern verschickt worden.

Nach einem Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ hatten Unbekannte Graffitis an die Schulmauern geschmiert und der Schule Rassismus vorgeworfen. Auch Drohmails gingen ein. Die Schule erstattete Anzeige. Sie hat die Regelung zu den Kopfbedeckungen inzwischen ausgesetzt ([mehr](#)).

1.2. Hannover: Richtfest für neues Schülerwohnheim des VIKZ

Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) hat in Hannover Richtfest für ein neues Schülerwohnheim gefeiert. In der Gerberstraße in der Calenberger Neustadt entsteht auf fünf

Etagen ein Haus mit Speisesaal, Dachterrasse und Gebetsraum. Bauherr ist der „Bildungs- und Kulturverein Hannover Zentrum“ des VIKZ.

„Dies soll ein Ort für Bildung und Respekt werden“, sagte der Vereinsvorsitzende Davut Türkal. Er wünsche sich, dass „dies ein Ort des Friedens und der Offenheit wird, ein Ort, an dem Brücken gebaut werden zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Überzeugung“. Im Hinterhof des neuen Hauses betreibt der VIKZ seit 1979 eine Moschee. Den vorderen Teil des Grundstücks prägte bis zum Abriss 2024 ein einst prächtiger Veranstaltungssaal aus dem Jahr 1898.

Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) beglückwünschte die Gemeinde zum Rohbau. „Wir sind eine vielfältige Gesellschaft. Dieser Bau ist ein Zeichen dafür, dass Menschen angekommen sind und die Stadt zu ihrer neuen Heimat gemacht haben.“ Die Landtagsabgeordnete Heike Köhler (CDU) nannte das Wohnheim einen „wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit im Land“. Das Bildungsprojekt stehe für „das, was die Gemeinschaft zusammenhält: Gestalten, Anpacken, Verantwortung übernehmen.“ Das Gebäude soll im September 2026 bezugsfertig sein ([mehr](#)).

1.3. Diskussion über Verwendung des Begriffs „Genozid“ durch palästinensischen Bischof

Der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und Landesbischof der hannoverschen Landeskirche, Ralf Meister, hat sich zum Streit um Äußerungen des palästinensischen Bischofs Azar geäußert.

„Ich bin persönlich der Überzeugung, dass der umstrittene Begriff des Genozids oder des Völkermords aus deutscher Sicht für mich nicht benutzt werden kann und darf“, sagte Meister während der Jahrestagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Dresden. Zugleich sei er der Meinung: Bischof Sani Ibrahim Azar, eine Person, „die staatenlos ist und eine Kirche leitet, die seit vielen Jahrzehnten individuelle und staatliche Übergriffe erlebt hat und sich in einer Situation befindet, in der in den besetzten Gebieten massive Rechtsverstöße gegenüber palästinensischen Bevölkerungen stattfinden“, dürfe den Begriff als Beschreibung seiner persönlichen Erfahrungen benutzen und mit Blick auf den Gaza-Krieg von Genozid sprechen.

Azar hatte in einer Predigt im internationalen Gottesdienst zum Reformationstag in Jerusalem mit Blick auf die Lage in den palästinensischen

Gebieten gesagt: „Aber wie sieht Reformation nach zwei Jahren Völkermord aus? Was bedeutet Reformation, wenn wir eine Welt, ein Land betrachten, das so zerbrochen ist?“ Den Hamas-Überfall auf Israel am 7. Oktober 2023 erwähnte Azar nicht. Daraufhin verließ der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, den Gottesdienst, den er gemeinsam mit einer Delegation des nordrhein-westfälischen Landtags besucht hatte. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) distanzierte sich. Der Begriff „Völkermord“ stehe einer Verständigung und Versöhnung entgegen ([mehr](#)).

1.4. Theologe Reinbold beantwortet 101 Fragen zu Religionen

Der Göttinger Theologieprofessor Wolfgang Reinbold hat eine zweite Zusammenstellung von Themen aus seinem erfolgreichen Radio- und Social-Media-Format „Religion in 90 Sekunden“ veröffentlicht. Der Titel „Warum ist Weihnachten am 7. Januar?“ ist beim Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erschienen. Er bietet eine Sammlung kurzer und kurzweiliger Texte zu Fragen aus den Religionen ([hier](#)).

Die Texte sind der Ertrag einer mehrjährigen Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Kirchenfunk Niedersachsen-Bremen, der „Religion

in 90 Sekunden“ produziert und es inzwischen auch auf den Social-Media-Plattformen TikTok und Instagram erfolgreich etabliert hat. Die reichweitenstarke Produktion hat Reinbold, der zugleich Beauftragter für Interreligiösen Dialog der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers ist, weit über theologische Fachkreise hinaus als fundierten und humorvollen „Religionserklärer“ bekannt gemacht. 2024 war eine erste Zusammenstellung von 101 Fragen und Antworten unter dem Titel „Warum ist der Buddha so dick“ erschienen ([mehr](#)).

1.5. Was sonst noch war

- Haus der Religionen schließt Projekt „Der globale Konflikt im Klassenzimmer – Antisemitismus trifft auf antimuslimischen Rassismus“ ab und veröffentlicht Videos zum Umgang mit Konflikten um Gaza / Israel und den 7. Oktober ([mehr](#))
- Braunschweig: Christina-Maria Bammel wird neue Landesbischofin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Bundesinnenministerium beruft neuen „Beraterkreis Islamismusprävention“

Das Bundesinnenministerium (BMI) hat ein neues Beratungsgremium zum Thema Islamismusprävention berufen. Es setzte damit einen Beschluss aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD um. Das Gremium tritt an die Stelle der von der Vorgängerregierung 2024 eingerichteten „Task Force Islamismusprävention“ ([hier](#)). Es soll den Bund bei der im Koalitionsvertrag angekündigten Erarbeitung eines „Bund-Länder-Aktionsplans“ gegen Islamismus unterstützen (s. Mitteilungen 4/2025, S. 2), unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Christoph de Vries (CDU).

Dem Gremium gehören die folgenden Expertinnen und Experten an: Christine Schirrmacher, Mouhanad Khorchide, Ruud Koopmans, Kyrill-Alexander Schwarz (Wissenschaft und Forschung); Güner Balci, Gülden Hennemann, Ahmad Mansour, Ali Ertan Toprak, Hans-Jakob Schindler, Rebecca Schönenbach (Prävention, Deradikalisierung und Integration); Florian Endres, Aladdin Sarhan, Falko Liecke, Nina Dierkes, Lars Rückheim (Sicherheitsbehörden). Nicht mehr in dem Gremium vertreten sind Dominik Irani, Lisa Borchardt, Claudia Dantschke,

Thomas Mücke, Jamuna Oehlmann, Julian Junk und Michael Kiefer.

Nach einem Bericht der „Welt“ begründete de Vries die Neubesetzung mit einem umfassenderen Ansatz des BMI. Das Ministerium wolle in Zukunft nicht nur den gewaltbereiten Islamismus, sondern auch den legalistischen Islamismus ins Visier nehmen. Ziel sei es unter anderem, der Online-Radikalisierung von Jugendlichen Einhalt zu gebieten. Man wolle der Erzählung, Muslime seien Opfer einer rassistischen Mehrheitsgesellschaft, etwas entgegensetzen. Mit diesem Narrativ würden radikale Gruppen Anhänger ködern.

Insgesamt soll das BMI für das Thema Islamismusprävention acht Millionen Euro bereitstellen. Davon solle unter anderem die Forschung in dem Bereich gestärkt werden, so die „Welt“. Auch die Entstehung einer Dokumentationsstelle für den politischen Islam nach österreichischem Vorbild werde in den Blick genommen. Das neue Gremium soll seine Arbeit im kommenden Frühjahr aufnehmen ([mehr](#)).

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) erklärte in einer Pressemitteilung, sie nehme die Einrichtung des Beraterkreises „mit Sorge zur Kenntnis“. Die gewählte Sprache und die inhaltliche Ausrichtung ließen „eine zentrale Erkenntnis vermissen: Extremismus bekämpft man nicht

gegen muslimische Gemeinschaften, sondern mit ihnen.“ Muslimische Religionsgemeinschaften leisteten „einen nachweisbaren Beitrag zur Extremismusprävention. Genau an diese Erkenntnisse müsste die Bundesregierung heute anknüpfen.“

Umso irritierender sei, dass der neue Beraterkreis „keine muslimische Binnenperspektiven einbindet“, so die AMJ weiter. „In diesem Kreis sitzen einige Personen, die weniger durch Expertise zum Islam und stärker durch Reproduktion antimuslimischer Ressentiments auffallen – und damit in vielen muslimischen Gemeinden Irritation und Besorgnis auslösen“, sagte der Berliner Imam Scharjil Khalid. „Wer gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und Extremismus wirksam bekämpfen möchte, muss die Vielfalt muslimischen Lebens als Ressource anerkennen und muslimische Religionsgemeinschaften als demokratische Partner ernst nehmen.“

2.2. Köln: DITIB-Bundesverband wählt neuen Vorstand

Der DITIB-Bundesverband hat einen neuen Vorstand gewählt. Das teilte der Verband in den Sozialen Medien mit. In Anwesenheit des neuen Präsidenten der türkischen Religionsbehörde

Diyanet, Safi Arpagus ([mehr](#)), wurde der leitende Diyanet-Beamte Ramazan İlkkân zum neuen Vorsitzenden gewählt.

İlkkân war bis 2017 türkischer Religionsattaché in Düsseldorf. Dann wurde er im Kontext des Spionageskandals um DITIB-Imame in die Türkei versetzt. In einem Schreiben hatte Diyanet seinerzeit unter anderem das türkische Generalkonsulat in Düsseldorf um ausführliche Berichte über Personen, Einrichtungen und Tätigkeiten der Gülen-Bewegung in Deutschland gebeten. Viele Imame hatten dem Folge geleistet (s. Mitteilungen 1/2017, S. 1–2).

Neben İlkkân wurden in den Vorstand gewählt: Muhammet Çatmak (2. Vorsitzender), Eyüp Kalyon (Generalsekretär), Erhan Akyol, Muhammed Şahin, Yasin Öztürk und, als einzige Frau, Merve Mert ([mehr](#)). Offizielle Reaktionen auf die Wahl des neuen Vorsitzenden gab es bisher nicht.

2.3. Was sonst noch war

– Vorsitzender des Koordinationsrats der Muslime, Ali Mete, kritisiert Gaza-Papiere der evangelischen und katholischen Kirche scharf; „Wer schweigt und nicht mehr den Mut findet, das Leid beim Namen zu nennen, verliert seine Glaubwürdigkeit als moralische Stimme“ ([mehr](#))

- Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen:
Bestreiten des Existenzrechts des Staates Israel
darf nicht generell untersagt werden ([mehr](#)).

3. Meinungsforschung

Studie: Islamfeindlichkeit basiert auf Fremdenhass, nicht auf Religion

Anti-muslimische Vorurteile in Westeuropa gehen vor allem auf autoritäre, nationalistisch gefärbte Einstellungen zurück, nicht auf christlichen Glauben. Das ist das Hauptergebnis einer neuen Studie der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (JGU).

Islamfeindlichkeit in Westeuropa habe weit weniger mit Religion zu tun, als oft angenommen werde, so die Studie. Stattdessen werde sie vor allem durch nativistische und autoritäre Einstellungen befeuert, so Kai Arzheimer vom Institut für Politikwissenschaft der JGU. Das widerspreche der verbreiteten Annahme, Religion sei maßgeblich für islamfeindliche Einstellungen in Westeuropa verantwortlich.

Die Studie entstand im Rahmen des internationalen SCoRE-Projekts, das politische Einstellungen und Radikalisierung in Europa untersucht. Kai Arzheimer analysierte dafür Daten von knapp 75.000 Personen aus Großbritan-

nien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Die Analyse konzentrierte sich auf Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der vier genannten Länder. Personen, die anderen Religionen als dem Christentum angehörten, wurden nicht berücksichtigt, Menschen ohne religiösen Glauben einbezogen.

„Die Ergebnisse sind sehr deutlich“, so Arzheimer. „In allen vier Ländern ist der Zusammenhang zwischen persönlicher Religiosität und Islamfeindlichkeit praktisch gleich null. Menschen, die regelmäßig in die Kirche gehen oder sich einer christlichen Tradition zuordnen, sind also nicht systematisch islamfeindlicher als Menschen ohne religiösen Glauben.“ Deutlich nachweisbar sei dagegen der Zusammenhang zwischen Islamfeindlichkeit und sowohl nativistischen als auch autoritären Einstellungen – und das in allen vier Ländern gleichermaßen.

Diese Ergebnisse seien wichtig, „um zu verstehen, warum einige rechtspopulistische Parteien in Westeuropa sich als Verteidiger angeblicher ‚christlicher Werte‘ gegen eine vermeintliche islamische Bedrohung inszenieren“, so Arzheimer weiter. In der Forschung werde diese Strategie der politischen Instrumentalisierung christlicher Identität als „Christianismus“ bezeichnet. „Akteure der radikalen Rechten

haben ein Narrativ geschaffen, in dem das Christentum als kulturelles Symbol einer angeblichen westlichen Zivilisation erscheint, während der Islam als Bedrohung für ‚unsere‘ Identität dargestellt wird.“ Damit erreichten sie „eine breite, zunehmend säkulare Wählerschaft, die zugleich offen ist für nationalistische und einwanderungskritische Botschaften“ ([mehr](#)).

4. Literatur: Neuerscheinungen

- I. Küpeli, Graue Wölfe. Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland, Münster 2025
- W. Reinbold, Warum ist Weihnachten am 7. Januar? 101 weitere Fragen und Antworten aus der Welt der Religionen, Göttingen 2025.

Hannover, den 3.12.2025

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Evangelische Agentur, Interreligiöser Dialog, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, 0511-1241-972, wolfgang.reinbold@evlka.de, www.evangelische-agentur.de

ISSN 2191-6772